

Herr Erster Stadtrat Humpe-Waßmuth führt aus, dass der Stadt Neumünster wegen der vorhandenen Landesunterkunft lange Zeit keine AsylbewerberInnen zugewiesen worden seien und dass es in den letzten Jahren durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge („umFe“) zu einer neuen Situation gekommen sei.

Herr Hellberg, Fachdienstleiter des ASD's und Herr Rüge, iuvo-Bereichsleiter Segeberg-Neumünster, stellen deren Situation in Neumünster vor und zwei afghanische Jugendliche - „umFe“ - schildern sehr anschaulich ihre Erfahrungen.

Problematisch sei u. a. dass zwei Behörden – Ausländerbehörde und ASD – parallel für diese Flüchtlinge zuständig seien und die anzuwendenden Vorschriften teilweise konkurrierten.

Den Kommunen würden zwar die Kosten für Inobhutnahmen, Jugendhilfemaßnahmen usw. erstattet werden, nicht jedoch die – nennenswerten – Kosten für den personellen Mehraufwand, der durch die verschiedenartigen Abrechnungen mit den Kostenträgern entstehen würden.

Während bis 2009 max. drei „umFe“ in Neumünster angekommen seien, seien es nach 39 in 2010 seit 2011 ca. 65 pro Jahr, von denen etwa 80% - somit ca. 52 – hier verbleiben würden. Sei das Hauptherkunftsland aktuell Afghanistan, würden zukünftig viele syrische „umFe“ erwartet werden.

Die beiden afghanischen Jugendlichen würden sich in Neumünster gut aufgehoben und betreut fühlen und strebten nach dem Realschulabschluss, den sie nur in Kiel erwerben könnten, ihr Abitur sowie ein Studium an. Sie führen aus, dass es leider nur sehr wenig Deutschunterricht pro Woche geben würde und dass sie nach dem Erlernen der deutschen Sprache weder Praktika machen noch arbeiten – z. B. in den Sommerferien – dürften. Sie dürften auch nicht ohne besondere Erlaubnis aus Schleswig-Holstein ausreisen.

Die Arbeitsmotivation der Jugendlichen sei lt. Herrn Rüge sehr hoch und ein geregelter Tagesablauf sei sehr wichtig, aber schwer zu organisieren.

Die iuvo-GmbH sei Partner der Stadt Neumünster für Inobhutnahmen, zz. seien 30 Plätze vorhanden, die alle besetzt seien; die Kapazitäten müssten erhöht werden.

Das Zusammenleben ausländischer „umFe“ und einheimischer Jugendlicher sei bereichernd.

Wünschenswert sei die Einsetzung von ErgänzungspflegerInnen, da in den asylrechtlichen Verfahren Fachwissen notwendig sei und die Jugendlichen nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügten, um Rechtsanwälte zu bezahlen.

Für einen kürzlich zusätzlich genehmigten Deutschkurs würden kurzfristig bahnhofsnahe Räumlichkeiten gesucht werden; hierbei wäre Unterstützung durch die Ausschussmitglieder hilfreich.

Ein Ziel sei verbindlicher Unterricht an 5 Tagen pro Woche.

Außerdem würden zusätzliche Therapieplätze und dazu weitere begleitende DolmetscherInnen benötigt werden.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Referenten und den beiden afghanischen Jugendlichen für die Vorträge.

Frau Markowski-Bachmann sagt, dass sie in der Erstaufnahmeeinrichtung im Haart arbeite und eine 3-4köpfige Unterarbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses als sinnvoll erachte. Diese Anregung wird vom Ausschuss positiv aufgenommen und weitere InteressentInnen

aus dem Kreis der Ausschussmitglieder werden gebeten, sich ggf. bei Herrn Hellberg im ASD zu melden (Tel. 942-2421).

Bürgerschaftsmitglied Delfs fragt nach, ob die Zusatzkosten des ASD's beim Land geltend gemacht worden seien. Herr Hellberg bestätigt dies und berichtet, dass der Erste Stadtrat und der Oberbürgermeister eine Ablehnung erhalten hätten.

Bürgerschaftsmitglied Lutz regt Patenschaften zur Betreuung der „umFe“ an. Der Ausschussvorsitzende und Bürgerschaftsmitglied Mohr fragen nach, ob die Personaldecke bei der iuvo und beim ASD ausreichend seien bzw. ob die Anzahl der Plätze auskömmlich sei. Lt. Herrn Rüge nutze man ein Netzwerk und mache manchen „Klimmzug“. Lt. Herrn Hellberg gäbe es zz. im ASD eine Umstrukturierungsphase und es müsse u. U. zukünftig spezialisierte MitarbeiterInnen geben.